



Pressemitteilung

Ansbach, 16. Juni 2016

Barton-Kaserne: US-Armee verschleppt Sanierung von kontaminierten Böden seit zehn Jahren
OLA: „Verursacher zur Kasse“ - Kosten dürfen nicht Steuerzahlern aufgebürdet werden
Oberbürgermeisterin muss sich für verbindliche Übernahmeregelungen einsetzen

Scheibchenweise kommt derzeit an der Militärbasis Katterbach die großflächigste Vergiftung von Böden und Gewässern in der Geschichte der Stadt Ansbach ans Tageslicht. Nahezu monatlich steigt die Zahl an Hektaren, die infolge der US-Stationierung mit Polyfluorierenden Chemikalien (PFC) verseucht sind. Ob allein Feuerlöschschaum oder nun doch auch das hochgiftige Flugbenzin JP-8 ursächlich sind, ist nach den neuerlichen Funden im nördlichen Bereich der Kaserne, der weitab und in Höhenmetern oberhalb des Feuerlöschplatzes liegt, völlig offen. Fest steht, dass die Beseitigung dieser krebserregenden und die Fruchtbarkeit einschränkenden Stoffe Jahre dauern und Kosten in Millionenhöhe verursachen wird.

Nach Lesart des NATO-Truppenstatuts sollen schon jetzt die Steuerzahler zu mindestens einem Viertel für die Sanierungskosten außerhalb der Kasernen aufkommen. Bekannt ist, dass dies zumindest auf Flächen der Gemarkungen Eyb (Untereichenbach) und Hennenbach (Obereichenbach) zuträfe, wo die Kontaminierung in Hausbrunnen und Fischweiher durchgesickert ist. Zudem verschleppt das US-Militär die Beseitigung von Vergiftungen im Erdreich der Ludwigshöhe an der Barton-Kaserne (Abzug spätestens 2021) inzwischen seit zehn Jahren. Es besteht dort die Gefahr, dass die öffentliche Hand ähnlich wie in den von der Ansbacher Polizeiinspektion nachgenutzten Gebäuden in der Schlesierstraße wiederum die Zeche für die Altlasten bezahlt.

Dazu erklärt die Stadtratsfraktion der Offenen Linken Ansbach (OLA): „Es gibt viele gute Ideen für die zivile Umnutzung von derzeit von der US-Armee belegtem Militärgelände. Um die Flächen zeitnah für die Ansbacher Stadtentwicklung nutzen zu können, muss die Altlastenbeseitigung jetzt angegangen werden. Es darf nicht sein, dass die Steuerzahler auf den immensen Kosten sitzen bleiben. Das Militär als Verursacher muss zur Kasse, nicht die Bürgerinnen und Bürger. Wir ermutigen die Oberbürgermeisterin, sich bei der Bundesagentur für Immobilienaufgaben (BIMA) für die verbindliche und vollständige Kostenübernahme durch die USA einzusetzen und die regionalen Bundestags- und Landtagsabgeordneten für das Ziel einer reibungs- und schadstofflosen Umnutzung der Liegenschaften einzubinden. Konversion braucht konkretes Engagement. Ein Kuschelkurs mit den Militärs bringt Ansbach dabei nicht voran.“

gez. Boris-André Meyer, Fraktionsvorsitzender

Offene Linke Ansbach -Stadtratsfraktion- ◀ Boris-André Meyer ◀ Würzburger Landstraße 18
91522 Ansbach ◀ Kontakt: Tel. 0981/2059988 ◀ mobil 0160/93104199
mail boris.meyer@offene-linke-ansbach.de ◀ web www.offene-linke-ansbach.de